

Strombedarf verdoppelt sich bis 2030

EU-Kommission: Mit Wind, Sonne und besserer Marktintegration sei das machbar

Günther Strobl aus Fuschl

Elektrische Energie ist der neue Saft, der statt Öl oder Gas die Wirtschaft künftig in erheblichem Maße antreiben, für angenehme Raumwärme sorgen und Mobilität sicherstellen wird. Darüber sind sich die meisten Experten nicht zuletzt aufgrund der großen Herausforderungen einig, vor der die Welt in Anbetracht fortschreitender Klimaerwärmung aufgrund zu hoher CO₂-Konzentration in der Atmosphäre steht. Aber wird es auch gelingen, die benötigte Energie sauber, sprich: möglichst emissionsfrei herzustellen?

„Ja, das ist möglich“, sagte Stefan Moser am Donnerstag bei der Verbund-Energy-2050-Konferenz in Fuschl. Er ist seit März 2015 in der Generaldirektion Energie der EU-Kommission verantwortlich für den Bereich Versorgungssicherheit. Strom werde künftig die Hauptrolle innerhalb des Energiesystems spielen. In den nächsten plus/minus 15 Jahren sei mit einer Verdoppelung des Strombedarfs in Europa zu rechnen. „Die erneuerbaren Energien ermöglichen das,“ sagte Moser.

Mit dem sogenannten „Winterpaket“ hat die EU-Kommission Ende vorigen Novembers auf mehr als 1000 Seiten einen Fahrplan für die angestrebte, nachhaltige Energiewende in Europa vorgelegt. Der Fokus liegt dabei auf Gebäudedämmung und Energieeffizienz, zudem soll Energie aus Wind oder Sonne künftig stärker dem freien Wettbewerb ausgesetzt

werden. Dafür soll der sogenannte Einspeisevorrang im Normalbetrieb wegfallen, bei dem erneuerbare Energien im Stromnetz bevorzugt werden.

Mit all diesen Maßnahmen inklusive besserer grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsländern will Brüssel sicherstellen, dass das EU-Klimaschutzziel erreicht wird: bis 2030 über alle EU-Mitgliedsstaaten hinweg 40 Prozent weniger Treibhausgase als 1990. Dafür sollen 2030 auch mindestens 27 Prozent des gesamten EU-Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen stammen. Moser zeigte sich zuversichtlich, dass das „Winterpaket“ noch unter österreichischer Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 beschlossen werden kann.

OMV unter Zugzwang

Unter Zugzwang sieht sich auch die OMV. Durch die von der Politik gewollte Forcierung der Elektromobilität muss sich der Mineralölkonzern zumindest mittelfristig auf spürbare Rückgänge beim Verkauf von Benzin und Diesel einstellen. „Wir setzen verstärkt auf Gas,“ sagte Jost Ahrens, der seit Februar den Bereich Strategie bei der OMV verantwortet.

Im Produktmix sieht Ahrens längerfristige Wachstumschancen nur mehr in zwei Bereichen: Jet Fuel, sprich: Flugzeugbenzin, weil die steigende Flugintensität die Einsparung durch effizientere Motoren mehr als wettmachen wird. Und zweitens Naphta als

Ausgangsmaterial für die Petrochemie – angetrieben unter anderem durch die Konsumgüterindustrie und den steigenden Bedarf an Kunststoffen. Gas als Brückentechnologie werde noch Jahrzehntlang gebraucht, meinte Ahrens. Deshalb hoffe man, das Projekt einer zweiten Gasröhre unter der Ostsee (Nord Stream II) zusammen mit Gazprom und anderen Konsorten umsetzen zu können.

Einspruch meldete Klaus-Dieter Maubach an, Ex-Vorstand der deutschen Eon, jetzt Start-up-Investor. Durch Umgehung der baltischen Staaten und Polens werde eine sinnvolle europäische Infrastrukturintegration verhindert.

Kommentar Seite 36

Die Reise erfolgte auf Einladung des Verbunds.



Strom ist ein besonderer Saft, mitunter ein windiger Geselle.

Foto: AP/Pleul